

„Willkommenskultur für Ehrenamtler“

FORUM Netzwerk „Idstein bleibt bunt“ diskutiert mit Kandidaten Kilian, Monz und Pörtner über Integration

Von Sascha Kircher

RHEINGAU-TAUNUS/IDSTEIN. Roman Herzog war auch an diesem Abend in Idstein präsent: Am Tag des Staatsaktes für den verstorbenen Alt-Bundespräsidenten zitierte Moderator Rolf Byron Herzogs Rück-Rede: „Auch im Inneren muss eine offene Gesellschaft entstehen, eine Gesellschaft der Toleranz, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen möglich macht“, hatte Herzog vor 20 Jahren gefordert. Wie soll dieser Anspruch gemeistert werden? Um dies mit den Landratskandidaten Frank Kilian, Andreas Monz und Benno Pörtner zu diskutieren, lud das Netzwerk „Idstein bleibt bunt“ in die Stadthalle ein, rund 100 Interessierte, darunter viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, waren der Einladung gefolgt.

Benno Pörtner (Die Linke), für den die Veranstaltung als „Idstein bleibt bunt“-Aktiver zum Heimspiel geriet, wiederholte seine Kritik am Vorgehen Hünstettens, kommunale Flüchtlingsunterkünfte zu kündigen – dies sei „das Gegenteil von dem, was man eigentlich will“.

Die Integrationsstrategie des Kreises hält CDU-Mann Monz für eine „Sammlung sehr guter Ideen“, es gelte hier aber zu priorisieren: Spracherwerb – Ausbildung – Arbeitsvermittlung. Der Meinung des parteilosen Kandidaten Kilian, außer beim Spracherwerb hätten geflüchtete Schulkinder dieselben

Voraussetzungen wie Muttersprachler, widersprach Monz.

Staatliche Institutionen, also auch der Kreis müssten ihre Hausaufgaben machen, zuverlässig und vertrauenswürdig arbeiten, um Ehrenamtlichen nicht das Gefühl zu vermitteln, staatliche Aufgaben zu über-

Landratswahl 2017



nehmen. Das Idsteiner Patenmodell lobte Monz ausdrücklich. Bei den Behörden müsse sich eine „Willkommenskultur für Ehrenamtler“ etablieren. Letztere möchte Pörtner in Integrationsbeiräten bündeln.

Kilian betonte, der Integrationsprozess müsse „von unten“, vor Ort angeschoben werden. Der Kreis sei „zu weit weg“ und für viele ein abstraktes Gebilde. Auf eine Zuschauerfrage, wie man Vermieter bewegen könne, an (anerkannte) Flüchtlinge zu vermieten, riet Kilian zu „Fingerspitzengefühl“ statt Druck und forderte ein Umdenken in der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft – deren Gesellschafterversammlung er als Geisenheimer Bürgermeister selbst angehört.